Zeitschrift: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte = Société Suisse d'Histoire Economique et Sociale

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band: 23 (2008)

Artikel: Krieg und Kooperatismus : die Sozialisierung des Markts nach dem Ersten Weltkrieg

Autor: Fior, Michel

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-871836

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Michel Fior

Krieg und Kooperatismus

Die Sozialisierung des Markts nach dem Ersten Weltkrieg

Dieser Artikel erkundet einige mögliche Fährten der Reflexion, die es erlauben sollen, den Einfluss des Ersten Weltkriegs auf die Konstruktion internationaler Märkte zu verstehen. Dabei steht die diskursive Konzeption des Markts im Zentrum der Überlegungen und nicht dessen effektives Funktionieren. Die Wahl dieser Perspektive basiert auf der Idee, dass Diskurse über die optimale Organisation ökonomischen Handelns eine grundlegende Rolle dabei spielen, wie die unterschiedlichen Akteure in der Gegenwart tatsächlich agieren.

Der Artikel gibt zunächst einen Überblick über eine Auswahl einflussreicher Ansätze zur Analyse sozialer Produktions- und Austauschsysteme der Zwischenkriegszeit. Er verweist auf die Hauptprobleme, welche die jeweiligen Ansätze aufwerfen, und steckt den Rahmen für ein Vorgehen, das es erlaubt, die historisch spezifischen Charakteristika der Marktkonzeptionen nach dem Ersten Weltkrieg zu identifizieren. Das Konzept des «Kooperatismus» und seine unterschiedlichen Formen (tripartit, bilateral und «privat») werden präsentiert, um die grundlegenden Änderungen nachzuzeichnen, die der Krieg in der allgemeinen Konzeption wirtschaftlicher Regulierung verursacht hat. Ich werde vorerst zeigen, dass alle Kooperationsmodelle, die von unterschiedlichen sozialen Akteuren dieser Periode vorgebracht werden, in einem für die Nachkriegszeit zentralen Paradigma übereinstimmen: in der Suche nach einem dritten Weg zwischen der Ideologie des selbstregulativen Markts und der etatistischen Ideologie, wie sie von linken Bewegungen vertreten wurde. Zweifelsohne kann der Krieg nicht als völliger Bruch verstanden werden, ganz im Gegenteil: alle hier präsentierten Formen des Kooperatismus wurzeln im 19. Jahrhundert. Der Erste Weltkrieg spielte vielmehr die Rolle eines Katalysators – nicht zuletzt, weil er, wie Spenglers *Der Untergang des Abendlandes* (1918) oder Freuds *Das Unbehagen in der Kultur* (1929) zeigen, als echte Krise der westlichen Zivilisation wahrgenommen wurde. Eine genauere Betrachtung dieser Epoche drängt sich deshalb auf.

Es gibt viele Hinweise dafür, dass der Krieg das Kredibilitätsdefizit des Markts als Quelle der stetigen Optimierung beschleunigte. Im Kreis der neu entstandenen Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) kommt – ebenso wie in den Unternehmen, die sich immer öfter in grossen internationalen Kartellen organisieren, den Zentral-

banken, die ein neues Währungssystem entwerfen, oder den häufig konferierenden Finanzkreisen – zunehmend die Idee auf, dass der sich selbst überlassene Markt zu keinem Gleichgewicht führt und dass er daher organisiert werden muss. Im Gegenzug sollte diese Organisation – und darin liegt die Spezifität der 1920er-Jahre und der Ursprung des Kooperatismuskonzepts – nicht dem Staat, sondern den Marktakteuren selbst unterstehen. Der Kooperatismus bezeichnet somit eine endogene Form der Kontrolle, die eher auf der Kooptation als auf einer externen Intervention beruht. In letzter Konsequenz zielt der Kooperatismus gerade darauf hin, die negativen Effekte des Markts unter weitgehendem Ausschluss des Staats möglichst zu minimieren.

Marktmodelle der dominanten Ansätze

Karl Polanyi bietet zweifelsohne einen der besten Ausgangspunkte für Konzeptualisierungen des Markts. *The Great Transformation* (1944) steht am Ursprung einer intellektuellen Strömung, für welche die 1920er-Jahre die letzte Phase der Ideologie des selbstregulierten Markts darstellen.[1] In dieser Betrachtungsweise hat sich die Wirtschaft bis zu diesem Zeitpunkt gemäss der Utopie, das Produktionssystem vorgeblich «natürlichen» Mechanismen unterstellen zu können, ideologisch geradezu entsozialisiert. Erst mit der grossen Wirtschaftskrise sei es dank eines Selbstverteidigungsreflexes der Gesellschaft zu einer Form der Resozialisation gekommen. Für Polanyi vermischt sich das Nachkriegsjahrzehnt mit dem 19. Jahrhundert und dehnt es gewissermassen aus. Der Autor verweist sogar ausdrücklich darauf, wenn er sagt: "The intent of that decade [1920s] was deeply conservative and expressed the almost universal conviction that only the re-establishment of the pre-1914 system […] could restore peace and prosperity."[2] In diesem Ansatz stellt der Krieg somit keinen signifikativen Bruch dar. Einzig die Weltwirtschaftskrise – die «grosse Transformation» – erscheint als Wendepunkt in der Konzeption des Markts. Der Akzent, der dabei auf die grosse Depression gelegt wird, und die daraus resultierende Tendenz, im Gegenzug die Zäsur des Kriegs zu unterschätzen, erklärt sich leicht aus der Endzeitperspektive des Autors. 1944, im Moment der Fertigstellung seines Werks, ist Polanyi überzeugt, dass die westliche Zivilisation an eine Art «Ende der Geschichte» gelangt ist: die Ideologie des selbstregulierenden Markts hat zu den Faschismen geführt und der Keynesianismus drängt sich als idealer und definitiver Weg geradezu auf.
Weniger an den Diskursen über den selbstregulierenden Markt als an institutionellen Arrangements interessiert, beschäftigte sich die ökonomische Soziologie (oder der historische Institutionalismus) mit dem – wie Wolfgang Streek und Kozo Yamamura es nennen – «nonliberal capitalism».[3] Gemäss diesem Ansatz stellt der organisierte Kapitalismus der Nachkriegszeit – vornehmlich im Fall Deutschlands – die Erwei-

terung institutioneller Arrangements dar, die bereits lange vor dem Ersten Weltkrieg ausgehandelt worden waren. Streek zeigt, dass die Absenz demokratischer Legitimation des politischen Systems in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts durch einen integrativen Kapitalismus korporatistischer Art kompensiert wurde: in Deutschland dienten Assoziationen – ebenso wie in Japan die grossen «community firms» als «sites of functional participation on the basis of pluralistic group membership».[4] Diese institutionelle Struktur, durchtränkt von einer Logik der «path dependency», findet sich in den sozialen Arrangements der 1920er-Jahre wieder und werden dann teilweise vom Faschismus aufgenommen. Auch in diesem Ansatz kann man im Weltkrieg nur mit Mühe einen richtiggehenden Bruch erkennen.

Mehrere Denkschulen legen dagegen den deutlichen Akzent auf die durch den Krieg herbeigeführte Zäsur. Die historische Soziologie institutionalistischer Ausrichtung hat, vornehmlich mit den Arbeiten von Charles Maier, den korporatistischen Einfluss des Kriegs auf den Kapitalismus sowie auf die Marktkonzeption deutlich aufgezeigt.[5] Diese institutionelle Neugestaltung des Produktionssystems zielt darauf ab, die Logik des selbstregulierenden Markts durch Arrangements zwischen den sozialen Kräften sowie den Rückgriff auf ein rationalisierendes technokratisches Management zu bändigen. Das von Maier entworfene Konzept des «korporatistischen Pluralismus» bezeichnet somit die Ablösung eines kompetitiven Kapitalismus durch institutionelle Prozeduren, welche Kompromisse zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und dem Staat ermöglichen. Nach Maier stellte der Krieg eine massgebliche Etappe in der Implementierung dieser neuen Marktkonzeption dar. Zwar war die korporatistische Entwicklung zweifelsohne bereits vor dem Konflikt in Gang; dennoch spielte gerade der Krieg auf drei Ebenen eine entscheidende Rolle. Erstens kennzeichnet er die Integration der organisierten Arbeit in ein staatlich überwachtes System, das die Produktionsbedingungen aushandelte und organisierte. Zweitens führte der Krieg zur Verwischung der Grenze zwischen «öffentlich» und «privat». Der Staat forderte in diesem Zusammenhang zwar neue Kompetenzen im Bereich der Arbeits- und Preiskontrolle oder der Zuteilung von Rohstoffen, transferierte diese Regulierungsmacht jedoch zugleich an die Delegierten von Handel, Arbeit und Landwirtschaft. Drittens führte der Krieg zu einer Krise der sozialen Hierarchien und zur Suche nach einer neuen Legitimationsform des kapitalistischen Sozialsystems und seiner Ungleichheiten – dem Korporatismus.

Auch eine Betrachtung der internationalen Finanzgeschichte (die im Bereich des liberalen Institutionalismus durch die einflussreichen Arbeiten von Barry Eichengreen und Peter Temin hinlänglich erneuert wurde), erlaubt es, das Rückkehrprojekt zu den selbstregulierenden Marktmechanismen zu relativieren. So sehr man auch das verlorene Paradies des Goldstandards zurückwünschte, so sehr seien die Zentralbanken und Regierungen nunmehr von den konjunkturellen und sozialen Herausforderungen im Inland beunruhigt gewesen, was wiederum die Preiskorrektur durch den Markt

verhinderte. In der Folge war der Goldstandard der Nachkriegszeit gemäss den Autoren durch Widersprüche gezeichnet, welche die Absage an selbstregulierende Mechanismen im Rahmen einer Politisierung der Wirtschaft widerspiegelten.[6] Auch für diese Strömung ist der Einfluss des Kriegs entscheidend. Während das Weltwährungssystem bis 1914 ungestört von jeglichem politischen Interventionismus dank der Kooperation der Zentralbanken funktionierte, rückten die mit dem Konflikt einhergehenden sozialen Unruhen – insbesondere die russische Revolution und die zunehmende Einflussnahme der Linken durch die Einführung des Proporzwahlrechts – die Währungspolitik ins Zentrum der Sorgen, die von Arbeitslosigkeit sowie Lohn- und Gehaltsfragen ausgingen.

Jeder dieser Ansätze beinhaltet bestimmte Schwierigkeiten. Polanyi und Streek tendieren dazu, den Bruch, der mit dem Krieg einherging, zu unterschätzen. Die Märkte der 1920er-Jahre erscheinen hierbei als die logische Fortführung früherer institutioneller Entscheidungen und ideologischer Praktiken. Maier bleibt dagegen hinsichtlich der globalen Marktkonzeptionen sehr vage und definiert Internationales als die Summe nationaler Praktiken. Nach dem Ersten Weltkrieg, das heisst zu einem Zeitpunkt, in dem zahlreiche globale Regulierungsmechanismen in Kraft traten (nur schon im Rahmen des Völkerbunds), verursacht ein solcher Ansatz allerdings grössere Schwierigkeiten.[7] Auch die von Eichengreen präsentierte Vision der 1920er-Jahre lässt einige Fragen offen. Der Autor präsentiert nicht wirklich ein Modell, das es erlaubt, den Kapitalismus der Nachkriegszeit aus sich heraus und gemäss seiner eigenen Logik zu verstehen und dabei insbesondere den Einfluss der Kriegserfahrungen und die Sozialisationsformen des Markts zu berücksichtigen – er appliziert vielmehr ein geradezu ausserhalb der Zeit stehendes theoretisches Ideal, das auf der Glaubwürdigkeit der Währungspolitik und dem selbstausgleichenden Effekt der Finanzströme basiert.

Ein neuer Ansatz scheint also vonnöten: eine Interpretation, die einerseits fähig ist, den Bruch zu erfassen, den der Krieg in der Marktkonzeption bedeutet, und zugleich die historischen und institutionellen Wurzeln dieser Konzeption offenlegt. Im zweiten Teil dieses Artikels möchte ich drei Ideen in dieser Richtung entwickeln. Erstens markiert der Krieg – trotz aller eindeutigen Kontinuitäten – eine Transition in der Marktkonzeption und in der Organisation des Kapitalismus. Diese Neuausrichtung schlägt sich in einem Zuwachs mehrerer institutioneller Kooperationsformen nieder, welche den Markt durch interne Abmachungen regulieren sollen. Zweitens beschränkt sich dieser Kooperatismus nicht auf die nationale Ebene, sondern dehnt sich, infolge des Kriegs, global aus. Dies führt zur Bildung einer neuen Generation internationaler Institutionen, welche die administrativen «Verwaltungsunionen» der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach und nach überlagern. Drittens werde ich zeigen, dass diese Formen der Kooperation erfolgreich darauf hinarbeiteten, den Staat am Rande der Regulierung zu halten.

Der tripartite Kooperatismus

Von den aus dem Krieg hervorgegangenen Organisationen erfuhr der tripartite Kooperatismus eindeutig die stärkste Institutionalisierung. Ihren deutlichsten Ausdruck findet diese Organisationsform in der ILO, deren Gründung Teil des Friedensvertrags von 1919 sowie der konstituierenden Charta des Völkerbunds war.[8] Dadurch wird der Einfluss des Kriegs und seiner diplomatisch-sozialen Bewältigung besonders deutlich. Im institutionellen Sprachgebrauch der ILO erscheint die Gesellschaft als tripartiter Körper, der sich aus Arbeitgebern, Arbeiterschaft und Staat zusammensetzt. Arbeiterschaft und Arbeitgeber werden dabei politisch und juristisch zu sozialen Klassen und funktionellen Einheiten erklärt. Somit kommt ihnen bei der Ausgestaltung und Umsetzung der internationalen Regulierung der Arbeitsbedingungen in Partnerschaft mit staatlichen Repräsentanten eine wichtige Stimme zu. Als Spiegel der korporatistischen Arrangements, wie sie auf nationaler Ebene stark favorisiert wurden, übernahm die ILO einen institutionellen Aufbau, der sich auf die drei sozialen Einheiten stützte: jeder Mitgliedsstaat ist in der Konferenz mit zwei Vertretern der Regierung sowie je einem Repräsentanten der Arbeitgeber und der Arbeiterschaft vertreten. Die Komposition dieses Parlaments der ILO überträgt somit die tripartite korporatistische Logik des Markts auf den Völkerbund: die Suche nach Vereinbarungen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft unter der Schirmherrschaft und Anleitung des Staats.

Die Schaffung einer Institution, die es innerhalb einer kapitalistischen Ordnung erlauben sollte, Fragen der Produktionsorganisation zu klären, darf dagegen keinesfalls, wie zahlreiche Analysen dies tun, als exklusive Forderung der Gewerkschaften interpretiert und verstanden werden. Sicherlich spielten Letztere eine entscheidende Rolle und entsprechende Forderungen fanden tatsächlich ihren Ursprung in der ersten Internationalen Arbeiter-Assoziation von 1864. Die Arbeitgeberschaft hat sich jedoch keineswegs gegen die Idee einer solchen Organisation gesträubt, ganz im Gegenteil: in einer liberalen Wirtschaft, die auf einem weiträumigen globalen Markt aufbaut, kann eine Organisation, welche die Arbeitsbedingungen in den unterschiedlichen Nationen reguliert, die Produktionsbedingungen angleichen und dadurch ein Preisdumping durch jene Länder verhindern, die sich nur wenig um Arbeitsbedingungen kümmern. Zugleich gilt es, die ILO als zentrale Institution zu analysieren, welche den Markt auf internationaler Ebene organisiert und ordnet. 1944 sah Friedrich Hayek gerade darin die ideale Rolle des Staats: in der Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen ökonomischen Handelns, um Wettbewerb und Konkurrenz optimal zu gestalten.[9] Der Friedensvertrag von 1919 hatte in dem der Schaffung der ILO gewidmeten Absatz explizit auf das Problem unlauteren Wettbewerbs verwiesen und dabei

deutlich gemacht, dass «the failure of any nation to adopt humane conditions of labour is an obstacle in the way of other nations which desire to improve the conditions in their own countries».[10]

Die Nachkriegsordnung bot dem Aufbau einer internationalen Arbeitsorganisation einen günstigen Rahmen. Die soziale Krise befand sich 1918/19 auf ihrem Höhepunkt und die Verhandlungspartner in Paris fanden in der ILO ein Mittel, die Spannungen zu entschärfen und dabei zugleich die Linke in ihre kommunistischen und sozialdemokratischen Fraktionen zu spalten.[11]

Wie die entsprechenden Artikel des Friedensabkommens nahelegen, basiert die Organisation der Arbeit auf der Idee, dass der Markt – sich selbst und seinen vorgeblich «automatischen» Kräften überlassen – die Arbeiter und Arbeiterinnen zu Opfern inhumaner Arbeitsbedingungen macht. Dies wiederum, so wurde befürchtet, könnte zu einem Anstieg sozialer Unruhen und zu einem Zulauf bei der kommunistischen Opposition führen. Diese verhängnisvollen Auswirkungen mussten auf internationaler Ebene durch eine internationale Organisation, welche die Arbeitsbedingungen verbessern und gleichzeitig die globalen Märkte vereinen und vereinheitlichen konnte, eingedämmt werden. Man kann also durchaus festhalten, dass es sich hier um eine konsensuelle Organisationsform des Markts und der internationalen Arbeitsteilung handelt. Auch wenn die Idee einer solchen Organisation keineswegs neu ist,[12] so war es doch der spezifische Kontext des Kriegs, der zu ihrem Aufstieg und ihrer tripartiten Form beitrug. Wie Meier zeigt, war es vornehmlich die Kriegsproduktion, welche die Entwicklung auf unterschiedlichen innenpolitischen Ebenen in Richtung Korporatismus prägte: seither sind die Gewerkschaften in ein vom Staat beaufsichtigtes Verhandlungssystem integriert. Im Rahmen intensiver Produktion werden sie zu einer vollwertigen Interessengruppe und nehmen an den Verhandlungen teil.[13]

Dieser Kriegskorporatismus verschwand keineswegs mit dem Ende der Kampfhandlungen. In England legte ein Parlamentsausschuss unter der Leitung von J. H. Whitley Vorschläge zur Organisation der Industrie unter der Schirmherrschaft eines Rates vor, der die paritätische Vertretung der Arbeitgeber und der Gewerkschaften garantierte. Whitleys Vorschläge beabsichtigten insbesondere die während des Kriegs geschaffenen Vereinbarungen weiterzuführen und zu institutionalisieren.[14] Dasselbe gilt für Deutschland, wo der institutionell gut verankerte Korporatismus am weitesten getrieben wurde. Die kriegswirtschaftliche Organisation war stark durch den Industriellen und Präsidenten der AEG, Walther Rathenau, sowie einen seiner Manager, Wichard von Moellendorf, geprägt. Letzterer entwickelte unter dem Einfluss Taylor'scher Leitsätze eine Theorie der «Gemeinwirtschaft», gemäss derer das Streben nach privatem Profit durch eine Wirtschaft allgemeinen Nutzens ersetzt werden sollte.[15] Diese Tendenz hielt auch nach dem Krieg an und verband sich mit vergleichbaren Strömungen in

manchen Fraktionen der Linken. Alle gemeinsam suchten gemäss Charles Maier «a pyramid of industrial planning organs that would include representatives of the entrepreneurs, labour, and the state». Ihre Aufgabe sollte es sein, die Preise festzulegen, Rohstoffe und Marktanteile zuzuteilen und die Wirtschaftspolitik in ihren grossen Zügen zu formulieren.[16]

Der «private» Kooperatismus

Wenn sich der Tripartismus als zweckmässiges Vorgehen darstellte, um die Arbeiterbewegung in den europäischen Wiederaufbau zu integrieren, so lassen sich doch nicht alle Aspekte dieses Prozesses unter dieser Form der Resozialisation der Marktwirtschaft zusammenfassen. Der Kooperatismus der 1920er-Jahre erhält vielmehr eine zweite Ausprägung, die sich mit dem Konzept des «privaten» Kooperatismus bezeichnen lässt. Ebenso wie der Tripartismus basiert der «private» Kooperatismus auf der Vorstellung, dass der seinen vorgeblichen Automatismen überlassene Markt weder Ordnung noch wachsenden Wohlstand garantieren kann und dementsprechend durch ökonomische Akteure «geführt» werden muss. Während aber die korporatistische Integration die konsensuelle Formel für die industrielle Produktion darstellte, spielt beim «privaten» Kooperatismus die Exklusion die entscheidende Rolle: effiziente Koordination verlangt, dass wirtschaftliche Entscheidungen Spezialisten überlassen werden müssen. Dies lässt sich vornehmlich in den zwei zentralen Handlungsfeldern der 1920er-Jahre, nämlich der währungspolitischen Zusammenarbeit und der Kartellisierung der Industrie, beobachten.

In monetären Angelegenheiten wird die Kooperation als exklusive Kompetenz der Zentralbanken betrachtet, die dazu aufgerufen sind, ohne jegliche externe Intervention gemeinsame Vorgehensweisen zu etablieren.[17] Gemäss der von den Finanzmilieus vertretenen liberalen Orthodoxie hält sich eine Währung umso besser, je mehr sie vor unüberlegten Eingriffen des Staats geschützt und den «politischen» Begehrlichkeiten der Arbeiterschaft entzogen wird. In der praktischen Umsetzung bedeutete dies, dass die vom Völkerbund aufgegleisten Stabilisierungspläne die Zentralbanken nach dem orthodoxen Modell des «central banking» reorganisierten, wie es auf der Konferenz in Brüssel (1920) entworfen und in Genua 1922 präsentiert worden war.[18] Diese Doktrin fordert eine strikte Autonomie der Nationalbanken gegenüber dem Staat, eine Währungspolitik, die sich ausschliesslich an einem stabilen Wechselkurs orientiert, und ein Geldmonopol, das eine bessere Kontrolle über Preise und Kredite ermöglicht. Die Verselbständigung der Zentralbanken wird im Kontext der 1920er-Jahre jedoch durch die Überzeugung ausgeglichen, dass ihre Kooperation benötigt sei, um die Stabilität des internationalen Währungssystems zu sichern.[19]

Die Idee der Kooperation der Zentralbanken wurde vornehmlich, wenn auch nicht ausschliesslich, von britischen Finanzkreisen unterstützt, welche eine Zersplitterung der Goldreserven und folglich einen Goldmangel befürchteten, was eine Stützung des Pfunds erschwert hätte. Der Völkerbund führte daraufhin das System des «gold-exchange standard» ein, das in der Konferenz von Genua vorgestellt worden war und einen sparsamen Umgang mit dem Gold sichern sollte. Diese verwässerte Version des Goldstandards basiert auf der hierarchischen Strukturierung des Währungssystems gemäss zweier Kategorien. Die beiden wichtigsten Finanzzentren, London und New York, sehen ihre Währungen dank der Goldreserven gesichert, während die peripheren Währungen dazu verpflichtet sind, Geldrücklagen inklusive goldgesicherte Devisen (Pfund Sterling und Dollar), zu bilden, um Gold einsparen zu können. Dieses System ist weit stärker polarisiert als sein Vorgänger und impliziert eine stärkere Interdependenz der Geldmärkte, insbesondere für die City, die über weitaus weniger Goldreserven verfügt als Wall Street. Die Konvertierung der Goldreserven geht stets mit der Gefahr der Destabilisierung des Pfunds einher, wie auch das Ende des Jahrzehnts während der Umwandlung der französischen Währungsreserven in Gold zeigen sollte. Daher die Wichtigkeit der Kooperation zwischen den Zentralbanken, die zu einer Conditio sine qua non der Wiederherstellung eines Währungssystems wird, das nur ein schlechtes Abbild seines Vorgängers zu sein scheint. Die britischen Finanziers kommen nicht darum herum, die Politik hinsichtlich der Reserven aufeinander abzustimmen, wenn sie eventuelle destabilisierende Nachwirkungen der Flut internationaler Reglemente verhindern möchten.[20]

Die Kooperation der Zentralbanken und besonders deren Ursprünge sind Gegenstand einer grossen Debatte. Für Barry Eichengreen stellt sie nicht mehr und nicht weniger als eine der zwei Grundsäulen dar, auf denen die Stabilität des am klassischen Goldstandard ausgerichteten Währungssystems basiert. Marc Flandreau wirft dagegen einen eher skeptischen Blick auf die Kooperation des 19. Jahrhunderts und zeigt, dass sich der Goldstandard besser verstehen lässt, wenn man nicht die Existenz, sondern vielmehr das Fehlen von Kooperation in Betracht zieht.[21] Es ist sicherlich richtig, dass die Zentralbanken der Bank von England in einzelnen Fällen – etwa in der Baring-Krise – zu Hilfe kamen. Kann man deshalb jedoch von Kooperation sprechen oder handelte es sich hierbei nicht eher um wohlverstandenes Eigeninteresse? Das Konzept der Kooperation macht eigentlich nur im Rahmen einer Situation Sinn, in der die Zentralbanken ein gemeinsames Ziel verfolgen, das sich in Form einer formellen oder informellen Institutionalisierung niederschlägt. Allgemein betrachtet, zeichnet sich das 19. Jahrhundert jedoch gerade durch das Scheitern aller Versuche zur Kodifizierung der währungspolitischen Zusammenarbeit aus: keine einzige der internationalen Konferenzen zur Vereinheitlichung der Geldpolitiken führte zu konkreten Initiativen, nicht zuletzt, weil man sich

hinsichtlich grundlegender Fragen nicht einigen konnte.[22] Alain Plessis betont, dass sich der Goldstandard seit den 1880er-Jahren aus der «Verschiedenheit der Politiken, welche die jeweiligen Nationalbanken verfolgten», erklärt und die Kooperation dabei weniger auf eine gemeinsame Doktrin, sondern vielmehr auf wohlverstandene Eigeninteressen verweist.[23] Man scheint daher kaum auf eine Kooperation im wahren Sinn des Wortes schliessen zu können.

Demgegenüber lassen sich während des Kriegs tatsächlich Voraussetzungen für eine Kooperation der Zentralbanken feststellen. Die ersten Erwähnungen eines solchen Projekts gehen auf Strong und Cunliffe zurück. Zu Beginn des Jahres 1916 legten der Gouverneur der New Yorker Federal Reserve Bank und sein Amtskollege der Bank von England die Basis für ein gemeinsames Memorandum.[24] Der Einfluss des Kriegs auf diese Form der «privaten» Kooperation erklärt sich in unterschiedlicher Weise. Zunächst legte die gemeinsame Kriegsfinanzierung durch die Alliierten eine De-facto-Kooperation der britischen und US-amerikanischen Notenbanken nahe. Während des Kriegs und aufgrund seiner Auswirkungen auf die Aufteilung der Währungsreserven lässt sich die allmähliche Konkretisierung einer neuen internationalen Währungsordnung beobachten. Für Strong wie für Cunliffe ist bereits 1916 klar, dass eine Währungspolitik der Nachkriegszeit nur durch Kooperation wiederaufgebaut werden könne. Tatsächlich erhält die Zusammenarbeit der Währungsbanken mit dem Krieg eine ganz neue Gestalt. Die Kooperation wandelt sich von der punktuellen Unterstützung aus Eigennutz hin zu der Überzeugung, dass das internationale Währungssystem – und damit selbstverständlich die internationalen Finanzmärkte – nicht selbstreguliert funktionieren können, sondern einer aktiven und konsensuellen Intervention der Zentralbanken bedürfen. Somit lässt sich im Lauf des Kriegs eine geradezu sprunghafte quantitative und qualitative Entwicklung beobachten, obgleich man selbstverständlich hinsichtlich konkreter Resultate der Kooperation während der Wiederaufbaujahre nach wie vor skeptisch bleiben kann.[25]

Auch im Bereich der industriellen Organisation lässt sich eine «neue» Form der Resozialisation der Märkte und des «privaten» Kooperatismus feststellen: die Kartellisierung. Das Internationale Stahlkartell von 1926 ist dabei nur das bekannteste Beispiel einer für die Nachkriegszeit durchaus typischen Entwicklung.[26] Auch diese Form des «privaten» Kooperatismus basiert auf der exklusiven Übereinkunft wirtschaftlicher Akteure. Weit weg von der Einflussnahme der Arbeiterschaft und des Staats (wenn auch häufig mit dessen Bürgschaft und Zustimmung) werden dabei Massnahmen ergriffen, welche die Marktwirkungen in den Bereichen der Produktion und Distribution beschränken. Mitte der 1920er-Jahre wurde die Nützlichkeit der Kartelle parallel mit Reflexionen über die industrielle Rationalisierung offen debattiert, so etwa an der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbunds in Genf 1927. Zwar gelangten die Experten in dieser Frage zu kei-

nem einstimmigen Beschluss, doch erscheint die Bildung von Industriekartellen für viele als wünschbarer Weg der Rationalisierung. Wenn sich Produktion und Distribution unter Ausschluss konkurrenzieller Verhältnisse organisieren liessen, so schien dies eine bessere Auslastung der Infrastrukturen und eine Begrenzung der wirtschaftlichen Zyklen zu ermöglichen.[27]

Auch dieser «private» Kooperatismus entstand als Antwort auf die kriegsbedingten Veränderungen. Zwar ist der Prozess der Kartellisierung keinesfalls eine Spezifität der 1920er-Jahre, sondern hatte, wie Hilferding bereits 1910 gezeigt hat, seine Ursprünge in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts;[28] erst im Kontext des Kriegs fand er jedoch ein geeignetes Umfeld für seinen Aufschwung.[29] Terushi Hara und Akira Kudo schätzen, dass im Rahmen des Wiederaufbauprozesses nach dem Krieg «the full-scale establishment of international cartels can first be observed».[30] Vor allem zwei Gründe erlauben ein Verständnis dieser Entwicklung. Erstens bedeutete der Krieg einen harten Schlag für die Ideologie des liberalen Internationalismus, der im Kielwasser von Voltaire und Kant im internationalen Handel eine Quelle des Friedens zwischen den Völkern sah – im Gegensatz zur kriegstreiberischen «hohen Politik».[31] Nun erscheinen aber internationaler Handel und Wettbewerb zunehmend als mögliche Ursache von Imperialismus und Konflikten. So kommt es, dass in der Nachkriegszeit von verschiedenen Seiten beträchtliche Anstrengungen unternommen werden, um wirtschaftliche Aktivitäten über Institutionen, wie zum Beispiel die 1920 gegründete Internationale Wirtschaftskammer (ICC), zu relegitimieren.[32] Zur Relegitimation des Handels reicht jedoch die Beschwörung seiner pazifistischen Tugenden nicht aus; vielmehr gilt es konkret auf die globale Organisation der Produktion und des Handels einzuwirken. Genau in diesen Zeitgeist schreibt sich die Kartellisierung ein. Auch sie basiert auf der Idee, dass die wirtschaftlichen Akteure, solange sie sich selbst überlassen bleiben, keineswegs aufgrund der «natürlichen» Kräfte des Markts zu einem Zustand des Friedens und der Versöhnung beitragen, sondern dass dieser auf internationaler Ebene gemäss einem gemeinsamen Plan organisiert sein will.

Zweitens und unmittelbarer führte der Krieg zu tief greifenden Störungen der internationalen Produktions- und Distributionsnetze. Die Kartellisierung entspricht somit dem Willen, sowohl die Preisschwankungen zu kontrollieren als auch die Produktion neu zu organisieren. Im Kontext einer deflationistischen Politik zur Wechselkursstabilisierung, die für die besiegten Länder durch die Last der Reparationen noch erdrückender wurde, erfolgte der Wiederaufbau im Rahmen von Abkommen, die zur Eindämmung der Konkurrenz geeignet schienen. Es erstaunt daher nicht, dass deutsche Industrielle unter den Vorkämpfern der internationalen Kartelle besonders stark vertreten waren.

Der bilaterale Kooperatismus

Mit der Schaffung des Völkerbunds und seiner «technischen Organe» kommt es zur Entstehung einer neuen, bis zum Krieg völlig unbekannten Form des Kooperatismus. Diese Form der Kooperation, die während der 1920er-Jahre einen massgeblichen Einfluss auf die Marktkonzeption sowie das internationale Wirtschaftssystem (und vor allem auf die Finanzmärkte) ausüben sollte, lässt sich insofern als «bilateral» bezeichnen, als sie zur Kooperation der *politischen* mit der *zivilen* Gesellschaft führt. Die Gesamtheit derjenigen Staatsvertreter, die in der gemeinhin so genannten Diplomatie tätig sind, verstehe ich hier als *politische* Gesellschaft. Die *zivile* Gesellschaft umfasst ihrerseits ein breiteres Spektrum an Akteuren, als wir heute unter dem Begriff einordnen. In Anlehnung an den italienischen Theoretiker Gramsci umfasst die Zivilgesellschaft all jene sozialen Kräfte, die als «privat» gelten, das heisst, diejenigen, die den Staat zumindest formell nicht repräsentieren.[33] In dieser Definition umfasst die Zivilgesellschaft vornehmlich die Akteure des ökonomischen Systems, und diese werden durch die neu geschaffene Figur des internationalen Experten vertreten. Der Völkerbund wimmelte geradezu von Experten. Man findet sie in der Organisation für Gesundheitshilfe ebenso wie in der Verkehrs- und Transitorganisation, der Organisation für geistige Zusammenarbeit oder im Finanzkomitee, dem Vorgänger des Internationalen Währungsfonds (IWF).[34]

Im Gegensatz zum Tripartismus, der das Projekt der Vermittlung zwischen den antagonistischen Kräften der Zivilgesellschaft (Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter der Schirmherrschaft des Staats) verfolgte, ist die Zielsetzung des Bilateralismus weniger ehrgeizig. Die Zivilgesellschaft ist hier – ohne Rücksicht auf interne soziale Antagonismen – durch die genannte Figur des Experten vertreten. Für den bilateralen Kooperatismus geht es in der Tat nicht darum, politische Divergenzen zu überwinden; vielmehr soll hier das neutrale und erprobte Wissen der Praktiker aus der Zivilgesellschaft zum Tragen kommen und die Politik erhellen. Die Zivilgesellschaft wird somit bisweilen auf eine äusserst selektive Vertretung reduziert; so haben etwa im Finanzkomitee des Völkerbunds ausschliesslich Finanzexperten (vornehmlich Vertreter der Privat- und Zentralbanken) Einsitz.

Der Bilateralismus verkörpert die wesentlichen kooperatistischen Verfahren, welche der Völkerbund vornehmlich im Rahmen des Wiederaufbaus Europas und des europäischen Kapitalismus international umsetzt.[35] In dieser Regulierungsform ist die politische Gesellschaft durch den Rat vertreten, der den Regierungen oder genauer einigen Regierungen, in diesem Fall den Siegerstaaten, flankiert durch einzelne weitere Repräsentanten, eine Verhandlungsarena bietet. Innerhalb dieses exklusiven Zirkels haben die einzelnen Vertreter einzig als Wortführer ihrer Regierungen Einsitz; sie lassen sich daher von Entscheidungsprozessen führen, die

aus dem Staatsapparat stammen, zu dem sie gehören und den sie repräsentieren. Die institutionellen Formen der Zivilgesellschaft innerhalb des Völkerbunds folgen dagegen einer gänzlich anderen Logik: die Vertreter, die in den sogenannt «technischen» Organen Einsitz haben, sind zwar von ihrem jeweiligen Staat ernannt, vertreten diesen jedoch – gerade aufgrund ihres Status als Experten – nicht.[36] Obgleich jeder Experte mehr oder weniger enge Verbindungen zu «seiner» Regierung pflegt, treten die technischen Organisationen nicht als zwischenstaatliche Verhandlungsarenen auf. Vielmehr versteht der Völkerbund sie als Orte der Beratung und der Verhandlung, in welchem das apolitische Wissen der Zivilgesellschaft vermittelt wird. Ihre Mitglieder vertreten die Bereiche «Finanzen», «Wirtschaft», «Wissenschaft» oder «Soziales», und gerade aus diesem Expertenwissen leitet sich die Legitimität dieses nichtdemokratischen Organismus ab.

Zwar existierte der internationale Experte bereits im Kontext der «Verwaltungsunionen» des 19. Jahrhunderts und der Völkerbund erfand ihn keineswegs neu. So setzte sich zum Beispiel die 1865 gegründete Internationale Telegraphen-Union (ITU) fast ausschliesslich aus Experten – Direktoren einer Fernmeldeverwaltung, Inspektoren von Telegrafenleitungen, hohen Funktionären eines Kommunikationsministeriums sowie Ingenieuren – zusammen. Der Krieg bringt jedoch zwei grundsätzliche Veränderungen mit sich. Auf der einen Seite führt er zu einer institutionellen Architektur, welche die Kooperation zwischen ziviler und politischer Gesellschaft symbolisiert. Diese Unterscheidung spielt in den administrativen Zusammenschlüssen keinerlei Rolle. Sie widerspiegelt vielmehr die Idee, dass die Diplomatie ohne die Meinungen der «neutralen» Repräsentanten aus Finanz und Wirtschaft nicht handeln kann und dass sie mit ihnen kooperieren muss. Es waren im Übrigen diese Experten, welche nach dem Krieg die Wiederaufbauprogramme ausarbeiteten, die den transnationalen Finanzinteressen grosszügig entgegenkamen. Anderseits markiert der Krieg das zunehmende Eindringen der politischen Gesellschaft in die internationalen Institutionen. Die administrativen Zusammenschlüsse verfügten über keine eigentlichen Debattierzirkel, wie etwa den Völkerbundsrat, und beschränkten sich im Wesentlichen auf Gespräche unter Experten. Staatspolitische Interessen hingegen wurden an den diplomatischen Konferenzen im Konzert der europäischen Nationen debattiert, deren Problemstellungen wiederum weit weg von denjenigen der Verwaltungszusammenschlüsse waren. In den «internationalen Verwaltungsunionen» fehlen dagegen die Diplomaten fast vollständig.

Auch diese Form des bilateralen Kooperatismus zwischen ziviler und politischer Gesellschaft spiegelt demnach eine spezifische Regulation des Kapitalismus der Zwischenkriegszeit wider. Aus der vom Völkerbund vertretenen Perspektive hing der europäische Wiederaufbau und die Sanierung der Finanzmärkte weder einzig von den geschäftlichen Überlegungen der Bankiers noch exklusiv von diplomatischen Interessenlagen ab. Die Zivilgesellschaft, wie sie von der neu erfundenen Figur des

Experten repräsentiert wurde, wurde in der Ausarbeitung der Wiederaufbaupolitik umfassend berücksichtigt; zugleich wurde nichts ohne den Segen der politischen Gesellschaft und deren Zweifel am selbstregulativen Markt umgesetzt.

Schlussfolgerung

Die unterschiedlichen Kooperatismusformen, die sich im Wiederaufbau der internationalen Märkte der Zwischenkriegszeit zeigen, spiegeln die Spezifität des Zwischenkriegskapitalismus wider und verweisen auf den Einfluss, den der Krieg auf die Implementierung neuer Formen der Marktregulierung hatte. Das im vorliegenden Artikel entwickelte Konzept des «Kooperatismus» erlaubt es, die für diese neue Regulierungsform spezifischen Ausprägungen der Kooperation deutlich sichtbar zu machen. Der selbstregulierende Markt wird als Quelle von Schwächen verstanden und muss daher durch Interventionen korrigiert werden. Allerdings werden diese Massnahmen endogen konzipiert und dürfen die Grenzen des Markts nicht überschreiten. Wie im Artikel deutlich wird, bestand das Ziel darin – zu einem Zeitpunkt, als die russische Revolution und soziale Bewegungen die kapitalistische Sozialordnung akut bedrohten – staatliche Interventionen zu verhindern. Dennoch stellt der Kooperatismus zugleich einen bedeutenden Paradigmenwechsel dar. Während sich die sozioökonomischen Akteure in der sozialdarwinistisch geprägten Marktideologie als Konkurrenten gegenübertreten, werden sie im Lauf des Kriegs zu partnerschaftlichen Bürgen wirtschaftlicher Stabilität. In letzter Konsequenz ist es das Unvermögen dieser spezifischen Regulationsform, wirtschaftliche Stabilität zu garantieren, die ihre Niederlage und den Aufstieg des Keynesianismus nach dem folgenden Weltkrieg erklärt.

Anmerkungen

1 Um jeglichem Missverständnis betreffend der Interpretation Polanyis vorzubeugen, möchte ich darauf verweisen, dass der Autor den selbstregulativen Markt – entgegen häufig gegenläufiger Behauptungen – als eine Ideologie und nicht als eine «Realität» verstand. In seinen Texten wird – bei aller Ambiguität – deutlich, dass alle Märkte in ein Netz von Institutionen und in eine Sozialstruktur eingebunden sind und die «Selbstregulation» einzig im Namen erscheint.

2 Polanyi Karl, *The Great Transformation,* New York 1944, S. 22, siehe auch S. 20–30, 231–236.

3 Streeck Wolfgang, Yamamura Kozo (Hg.), *The Origins of Nonliberal Capitalism. Germany and Japan in Comparison,* Ithaca 2001.

4 Streeck Wolfgang, «Introduction: Explorations into the Origins of Nonliberal Capitalism», in: Streeck/Yamamura (wie Anm. 3), S. 28; siehe auch Lehmbruch Gerhard, «The Institutional Embedding of Market Economies. The German ‹Model› and its Impact on Japan», in: Streeck/Yamamura (wie Anm. 3), S. 50–52.

5 Maier Charles S., *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade After World War I,* Princeton 1975; Maier Charles S., *In Search of Stability. Explorations in*

Historical Political Economy, Cambridge 1987; Fine Martin, *Toward Corporatism. The Movement for Capital-Labor Collaboration in France, 1914–1936,* Diss., University of Wisconsin 1971; Middlemas Keith, *Politics in Industrial Society,* London 1977; Ziebura Gilbert, *Weltwirtschaft und Weltpolitik 1924 bis 1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch,* Frankfurt a. M. 1984.

6 Eichengreen Barry, *Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919–1939,* Oxford 1992; Temin Peter, *Lessons From the Great Depression,* Cambridge (Mass.) 1989; Eichengreen Barry, Temin Peter, «The Gold Standard and the Great Depression», *Contemporary European History* 9 (2000), S. 183–207.

7 Mit Ausnahme einer neueren Publikation: Maier Charles S., «International Associationalism: The Social and Political Premises of Peacemaking after 1917 and 1945», in: Kennedy Paul, Hitchcock William I. (Hg.), *From War to Peace. Altered Strategic Landscapes in the Twentieth Century,* New Haven 2000, S. 36–52.

8 Zu den neuesten Publikationen der ILO siehe: Bonvin Jean-Michel, *L'organisation internationale du travail. Etude sur une agence productrice de normes,* Paris 1998. Die britische Delegation übernahm das Konzept des «Tripartismus» aus einem Bericht von Leonard Woolf aus dem Jahr 1916. Siehe diesbezüglich: Ghebali Victor-Y., *L'Organisation Internationale du Travail (OIT),* Genf 1987, S. 30. Zum Tripartismus siehe auch: Cox Robert W., *Production, Power and World Order. Social Forces in the Making of History,* New York 1987.

9 Hayek Friedrich A., *The Road to Serfdom,* Chicago 1944, S. 37.

10 Friedensabkommen zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland, 28. 6. 1919, Vorwort von Teil XIII, Sektion I.

11 Mayer Arno J., *Politics and Diplomatics of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918–1919,* New York 1967.

12 Wie Robert Cox zeigt, wurzeln ihre Ursprünge in Verhandlungspraktiken zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften des 19. Jahrhunderts im Interesse der Konsolidierung der kapitalistischen Produktionsweise. Siehe Cox (wie Anm. 8), S. 63–69.

13 Maier, *Recasting* (wie Anm. 5), S. 11.

14 Siehe Cox (wie Anm. 8), S. 178.

15 Siehe Lehmbruch (wie Anm. 4), S. 69.

16 Siehe Maier, *Stability* (wie Anm. 5), S. 39.

17 Zur Kooperation der Zentralbanken siehe das Standardwerk von: Clarke Stephen V. O., *Central Bank Cooperation 1924–1931,* New York 1967. Aktueller ist: Mouré Kenneth, *The Gold Standard Illusion. France, the Bank of France, and the International Gold Standard, 1914–1939,* New York 2002.

18 Zur Doktrin des «central banking» siehe: Cottrell Philip L., «Norman, Strakosch and the Development of Central Banking: from Conception to Practice, 1919–1924», in: Cottrell Philip L. (Hg.), *Rebuilding the Financial System in Central and Eastern Europe, 1918–1994,* Aldershot 1997, S. 29–73.

19 Kisch Cecil H., Elkin Winifred A., *Central Banks. A Study of the Constitutions of Banks of Issue, With an Analysis of Representative Charters,* London 1928; Cassel Gustav, *The World's Monetary Problems, two Memoranda,* London 1921.

20 Die Zentralbanken sind vor allem hinsichtlich der Zinssätze gehalten sich abzustimmen, wenn sie vermeiden möchten, dass ein Wettbewerb in der Bildung von Geldreserven zu einer Zinserhöhung führt.

21 Flandreau Marc, «Central Bank Cooperation in Historical Perspective: a Sceptical View», *Economic History Review* I/4 (1997), S. 735–763.

22 Gallarotti Giulio M., *The Anatomy of an International Monetary Regime. The Classical Gold Standard, 1880–1914,* New York 1995; Reti Steven P., *Silver and Gold. The Political Economy of International Monetary Conferences, 1867–1892,* London 1998.

23 Plessis Alain, «La Banque de France et les relations monétaires internationales jusqu'en 1914», *Relations internationales* 29 (1982), S. 3–23, hier 22. Der Autor erklärt die Unterstützung, welche die *Banque de France* der Bank von England zukommen lässt, mit der Furcht vor Rückwirkungen auf den Geldpreis in Frankreich, die eine externe Krise nach sich gezogen hätten.

24 Siehe Chandler Lester V., *Benjamin Strong, Central Banker,* Washington DC 1958, S. 247 ff. Dieses transatlantische Projekt beschränkte sich nicht auf die Achse New York–London. Vielmehr war auch die Integration der *Banque de France* vorgesehen. Siehe FRBNY, Strong Akten 1000.9/1, Memorandum E. O. Moore hinsichtlich der Gespräche zwischen Strong und Salter, 25. 5. 1928; ebd., Memorandum Strong betreffs seiner Diskussionen über die *Banque de France,* 27. 5. 1928.

25 Hinsichtlich dieser Frage siehe: Mouré (wie Anm. 17); Bussiere Eric, Feiertag Olivier, «Méthode, problèmes et premiers résultats d'une histoire des relations monétaires internationales au XXe siècle», *Histoire, économie & société* 18 (1999), S. 675–680.

26 Bussière Eric, *La France, la Belgique et l'organisation économique de l'Europe, 1918–1935,* Paris 1992, S. 287–299.

27 Société des Nations 1927, *Résolutions de la conférence économique mondiale,* Genf 1927, Kap. 3/IV; Bussière Eric, «La SDN, les cartels et l'organisation économique de l'Europe durant l'entre-deux-guerres», in: Barjot Dominique (Hg.), *International Cartels Revisited,* Caen 1994, S. 279; Kudo Akira, Hara Terushi (Hg.), *International Cartels in Business History,* Tokyo 1992; Hara Terushi, «La conférence économique internationale de 1927 et ses effets sur la formation des cartels internationaux», in: Barjot (cf. oben), S. 265–272; Wurm Clemens, *Business, Politics and International Relations,* Cambridge 1993.

28 Hilferding Rudolf, *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus,* Wien 1910.

29 Gemäss der Resolution der Weltwirtschaftskonferenz vom Jahr 1927 haben sich die internationalen Industrieabkommen «recently considerably developed and have attracted close attention from those sections of the community whose interests are affected by them and from the public opinion of the various countries». Siehe Société des Nations (wie Anm. 27).

30 Kudo/Hara (wie Anm. 27), S. 1.

31 Murphy Craig N., *International Organization and Industrial Change: Global Governance since 1850,* New York 1994.

32 Rosengarten Monika, *Die Internationale Handelskammer. Wirtschaftspolitische Empfehlungen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, 1929–1939,* Berlin 2001.

33 Gramsci Antonio, *Selections from the Prison Notebooks,* hg. von Hoare Quintin, Smith Geoffrey N., New York 1971; Jones Steve, *Antonio Gramsci,* London 2006, S. 77.

34 Greaves Harold R. G., *The League Committees and World Order,* Oxford 1931. Seit den 1990er-Jahren lässt sich ein neu erwachtes Forschungsinteresse am Völkerbund feststellen. Siehe v. a. Clavin Patricia, «‹Money talks›. Competition and Cooperation with the League of Nations, 1929–1940», in: Flandreau Marc (Hg.), *Money Doctors. The Experience of International Financial Advising 1850–2000,* London 2003, S. 219–248; Clavin Patricia, Wessels Jens-Wilhelm, «Transnationalism and the League of Nations. Understanding the Work of its Economic and Financial Organization», *Contemporary European History* 14 (2005), S. 465–492; Endres Anthony M., Fleming Grant A., *International Organizations and the Analysis of Economic Policy, 1919–1950,* Cambridge 2002; Pauly Louis W., *Who Elected the Bankers? Surveillance and Control in the World Economy,* Ithaca 1997.

35 Fior Michel, *Institution globale et marchés financiers. La Société des Nations face à la reconstruction de l'Europe 1918–1931,* Bern 2008.

36 Société des Nations, *Rapport de la Conférence financière internationale,* Bruxelles 1920, S. 5.